

Niederschrift

zur Sitzung des Ausschusses für Verwaltungssteuerung,
Gleichstellung und Rechnungsprüfung

Sitzungs-Nr: XVI/11

Sitzungstermin: am Montag, dem 30.11.2009, 19:03 Uhr bis 20:37 Uhr

Sitzungsort: Aula der Adolf-Grimme-Schule, Langenäcker 38

Anwesend sind:

Mitglieder CDU-Fraktion

- | | | |
|----|------------------|--------------------------|
| 1. | Ratsherr | Hohenstein, Ernst |
| 2. | Ratsherr | Remmers, Henning |
| 3. | Ratsherr | Schroth, Gerald |
| 4. | Ratsvorsitzender | Steuernagel, Marc-Oliver |

Mitglieder SPD-Fraktion

- | | | |
|----|----------|-----------------------|
| 5. | Ratsherr | Baum, Wolfgang |
| 6. | Ratsfrau | Beckmann, Kerstin Dr. |
| 7. | Ratsherr | Bienert, Sigurd |
| 8. | Ratsherr | Dobelmann, Reinhard |

Mitglieder FDP-Fraktion

- | | | |
|-----|----------|-------------------|
| 9. | Ratsherr | Klockow, Bernhard |
| 10. | Ratsherr | Schasse, Adolf |

Mitglieder Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

- | | | |
|-----|----------|------------------|
| 11. | Ratsfrau | Westphal, Ulrike |
|-----|----------|------------------|

Beratende nichtstimmberechtigte Mitglieder

- | | | |
|-----|------------------------|---------------------------|
| 12. | Herr | Bischoff, Claus |
| 13. | Behindertenbeauftragte | Bothe, Ursula |
| 14. | Herr | Gronenberg, Bernd |
| 15. | Frau | Hippert-Glowienka, Anette |
| 16. | Herr | Schellenberger, Andreas |
| 17. | Herr | von Berckefeldt, Gerhard |

als Gäste

- | | | |
|-----|----------|-------------------|
| 18. | Ratsherr | Kowalski, Michael |
|-----|----------|-------------------|

von der Verwaltung

- | | | |
|-----|-----------------------------|-----------------------|
| 19. | Leiter Zentraler Dienst/GWB | Hoffmann, Reinhard |
| 20. | Verwaltungsbeamter | Huschenhöfer, Michael |
| 21. | Verwaltungsbeamter | John, Roland |
| 22. | Fachdienstleiter | Kramer, Heiko |
| 23. | Erster Stadtrat | Lahmann, Marc |
| 24. | Fachdienstleiter | Müller, Stefan |
| 25. | Fachdienstleiter | Pape, Marcus |
| 26. | Verwaltungsbeamter | Zeidler, Stefan |

als Gäste

- | | | |
|-----|------|---------|
| 27. | Herr | Rammler |
|-----|------|---------|

es fehlten entschuldigt

28. Herr

Grothey, Hans Dieter

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung der öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzung
2. Einwohnerfragestunde
3. Einführung der Straßenreinigungsgebühr
hier: Erlass der Straßenreinigungsgebührensatzung
XVI/0492
4. Einführung der Straßenreinigungsgebühr
hier: Änderung des Straßenverzeichnisses zur Straßenreinigungsnutzung
XVI/0493
5. Auslaufen Konzessionsvertrag Gasversorgung
- Bericht der Verwaltung
6. Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2010
XVI/0467
7. Haushaltssicherungskonzept 2010
XVI/0482
8. Mitteilungen der Verwaltung
9. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Nichtöffentliche Sitzung:

Öffentliche Sitzung:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung der öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzung

Herr Bienert eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 11

Nein-Stimmen: 0

Stimmenthaltungen: 0

Beratungsergebnis: zugestimmt

1. Die Beschlussfähigkeit der öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzung wird festgestellt.
2. Die Tagesordnung wird für die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung in der vorliegenden Form beschlossen.

2. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

3. Einführung der Straßenreinigungsgebühr hier: Erlass der Straßenreinigungsgebührensatzung Vorlage: XVI/0492

Herr Lahmann führt kurz in die Thematik ein und verweist auf das Haushaltssicherungskonzept 2009, in dem die Einführung der Straßenreinigungsgebühr bereits beschlossen wurde. Herr Huschenhöfer erläutert die Beschlussvorlage und die Kalkulation der Gebühr. Er weist darauf hin, dass die ersten Bescheide nicht wie geplant zum 15.02.2010 versandt werden können, sondern frühestens zum 15.05.2010.

Frau Dr. Beckmann fragt, ob im Vorfeld eine Bürgerbefragung in den Bereichen durchgeführt wurde, in denen bislang nicht gereinigt wird. Herr Huschenhöfer antwortet, dass es keine Bürgerbefragung gab.

Frau Dr. Beckmann fragt außerdem, ob der derzeitige Reinigungsumfang und die Frequenzierung beibehalten werden und ob durch die Gebühr die Anliegerpflichten entfallen würden. Herr Huschenhöfer entgegnet, dass sowohl der Umfang als auch der Rhythmus der Reinigung gleich bleiben.

Frau Westphal kritisiert die kurzfristige Fertigstellung der Beschlussvorlage. Sie fragt, ob in der Kalkulation auch die Kosten für den bevorstehenden Abrechnungsaufwand enthalten seien. Herr Huschenhöfer bejaht dies. Frau Westphal fragt, ob die Personalkosten, die u.a. durch Beschwerden oder Klagen entstehen werden, in der Kalkulation enthalten sind. Herr Huschenhöfer erklärt darauf, dass diese Kostengröße bisher nicht enthalten sei.

Herr Gronenberg fragt, warum die Umsetzung so spät erfolgt sei und nicht wie geplant zum 01.07.2009. Herr Huschenhöfer nennt die vorhandenen Personalkapazitäten als Grund für die Verzögerung. Herr Lahmann fügt hinzu, dass u.a. das Konjunkturpaket und die Maßnahmen im Rahmen „Soziale Stadt“ zu der Verspätung führten.

Herr Remmers möchte wissen, ob der in der Kalkulation berücksichtigte öffentliche Anteil von 25% flexibel gestaltbar ist oder auf Erfahrungswerten aufbaut. Herr Huschenhöfer erläu-

tert, dass es sich dabei nicht um einen Schätzwert handele, er vielmehr dem Stand der Rechtsprechung entspreche. Zudem sei dieser Wert so angesetzt, dass die Stadt im Zweifel auf der sicheren Seite wäre.

Herr Hohenstein fragt, warum die Schmiedekampstraße nicht im Straßenverzeichnis auftauche. Herr Huschenhöfer wird das überprüfen.

Herr Remmers möchte noch mal geklärt haben, ob der Umfang der Fahrbahnreinigung gleich bleibt und die Straßen, die zukünftig nicht gereinigt werden, in den Verantwortungsbereich der Anlieger fallen, soweit es denen zumutbar ist. Herr Huschenhöfer bestätigt das, die Gehwege seien aber weiterhin Angelegenheit der Anlieger.

Herr Schasse fragt, welcher Schlüssel bei der Berechnung der Werte der Reinigungsklassen herangezogen wurde. Herr Rammler erläutert, dass die Basis für die zu Grunde gelegten Gesamtkosten die Daten aus dem Haushaltsplan waren.

Herrn Baum interessiert, ob die Gehwege nördlich der B65 in Nordgoltern, an denen landwirtschaftliche Flächen liegen, vom jeweiligen Landwirt zu reinigen wären. Herr Huschenhöfer bejaht das.

Frau Westphal lässt sich von Herrn Huschenhöfer bestätigen, dass das Wegeverzeichnis ein Abbild der in der Vergangenheit gereinigten Straßen ist. Sie kommt außerdem auf die angesetzten 3.000 EUR Portokosten zu sprechen und fragt, ob diese zur Umsetzung ausreichen würden. Herr Huschenhöfer macht deutlich, dass es sich hierbei um Schätzkosten handelt. Herr Hohenstein wirft ein, dass die Ausführung durch die Stadtwerke zusätzliche Kosten verursachen wird. Herr Lahmann entgegnet, dass nur von Schätzwerte ausgegangen werden konnte. Es wird ermittelt, welche zusätzlichen Kosten durch die Stadtwerke entstünden.

Herr Steuernagel fragt, ob die Stadtverwaltung Widerspruchsstelle wäre. Herr Müller erklärt, dass direkt ein Klageverfahren eröffnet werde und dafür das Verwaltungsgericht zuständig sei. Herr Steuernagel möchte zusätzlich wissen, ob die dadurch entstehenden Kosten in die Gebühr einkalkuliert wurden. Herr Lahmann sagt, dass er davon ausgehe, dass die Satzung rechtmäßig sei und somit auch keine Kosten entstehen würden. Frau Westphal merkt an, dass aufgrund von Nachfragen dennoch Arbeitszeit gebunden werde und so Kosten verursacht werden.

Frau Dr. Beckmann stellt klar, dass die Durchgangsstraßen auch gereinigt werden, da es den Anliegern aufgrund der Verkehrsbelastung nicht zumutbar sei dies selbst zu übernehmen. Sie sagt abschließend, dass die Beschlussvorlage zu kurzfristig zugegangen sei, um über diesen TOP abzustimmen.

Im Ausschuss einigt man sich einvernehmlich darauf den TOP als behandelt anzusehen.

Beschlussdarstellung:

Beratungsergebnis: behandelt

1. Der Rat nimmt die der Vorlage beiliegende Kalkulation zur Kenntnis.
2. Die als Anlage beigefügte Straßenreinigungsgebührensatzung wird beschlossen.

4. Einführung der Straßenreinigungsgebühr
hier: Änderung des Straßenverzeichnisses zur Straßenreinigungsnutzung
Vorlage: XVI/0493

Herr Hohenstein fragt, ob mit der Reinigung an fünf Tagen die Woche die Sams- und Sonntage ausgeschlossen werden. Herr Huschenhöfer sagt, dass die maschinelle Reinigung von Montag bis Freitag stattfindet. Bei einer Mehrfachverschmutzung seien die Anlieger weiterhin verantwortlich.

Herr Bienert erklärt den TOP im allgemeinen Einvernehmen als behandelt.

Beschlussdarstellung:

Beratungsergebnis: behandelt

Die der Vorlage beiliegende Änderungssatzung zur Straßenreinigungssatzung wird beschlossen.

5. Auslaufen Konzessionsvertrag Gasversorgung
- Bericht der Verwaltung

Herr Lahmann erläutert den Sachstand zum Auslaufen des Konzessionsvertrages der Gasversorgung und sagt, dass das Auslaufen zwei Jahre vor Vertragsschluss bekanntgegeben werden müsse. Er wolle jetzt eine Wirtschaftlichkeitsberechnung beauftragen, deren Ergebnis eine Empfehlung sein soll, ob die Übernahme des Gasnetzes durch die Stadt grundsätzlich sinnvoll ist. Dieses Gutachten soll ca. 5.000,- EUR kosten. Mittel stehen im Haushalt 2009 zur Verfügung.

Herr Lahmann stellt klar, dass je nach Ergebnis dieser Prüfung eine Verlängerung des Konzessionsvertrages oder die Netzübernahme durch die Stadt in Betracht kämen. Im Falle der Übernahme wäre eine Netzbetriebsgesellschaft zu gründen oder das Netz durch die Stadtwerke zu übernehmen. Außerdem gilt es zwischen dem „Pachtmodell“ und dem „Betreibermodell“ abzuwägen. Bei diesen Alternativen gäbe es eine direkte Beziehung zwischen Risiko und Ertrag, wobei das Pachtmodell ein geringeres Risiko, dementsprechend aber auch einen geringeren erwarteten Ertrag beinhalten würde.

Herr Lahmann rechnet damit, dass die Wirtschaftlichkeitsberechnung in einem Vierteljahr abgeschlossen sei. Das Ergebnis würde anschließend im Ausschuss für Verwaltungssteuerung, Gleichstellung und Rechnungsprüfung vorgestellt werden.

6. Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2010
Vorlage: XVI/0467

Herr Müller erläutert die Veränderungsliste. Diese enthalte aus Sicht der Verwaltung notwendige geringfügige Veränderungen sowie die finanziellen Auswirkungen der bereits gefassten Beschlüssen des Verwaltungsausschusses, die Auswirkungen durch die 2. Nachtragshaushaltssatzung 2009 sowie die Einnahmerückgänge aus dem kommunalen Finanzausgleich (s. Beschlussvorlage XVI/467 – B02/S02).

Frau Westphal geht auf die vorliegenden Anträge ein und fragt nach dem Verfahren. Frau Dr. Beckmann entgegnet, dass intern darüber noch nicht beraten werden konnte und so nicht darüber abgestimmt werden könne.

Herr Klockow stimmt dem zu und möchte diesen TOP als behandelt erklären. Er fügt hinzu, dass er den Antrag 1 der Fraktion Bündnis90/Die Grünen gut finde. Er gibt aber zu Bedenken, dass dies nur Sinn mache, wenn im gesamten Rat der Wille dafür zu spüren sei. Herr Steuernagel schließt sich dem an und betont, dass diesbezüglich ein Konsens vorhanden sein muss.

Frau Dr. Beckmann findet das Verfahren, die Anträge erst im Rat abzustimmen, gut. Sie gibt zu dem Antrag 1 der Fraktion Bündnis90/Die Grünen aber zu bedenken, dass es in der Vergangenheit bereits Hinweise der Kommunalaufsicht zur Haushaltskonsolidierung gegeben habe. Sie kritisiert zudem das Vorgehen der Ratsmehrheit und deren Ausgabenpolitik.

Herr Schroth bezeichnet diesen Vorwurf als Polemik und verweist auf die Notwendigkeit der durchgeführten Maßnahmen und die damit verbundene Verbesserung der Strukturen in Barsinghausen.

Herr Dobelmann fragt, ob bekannt sei, dass der B-Platz am Schulzentrum Spalterhals teurer werde als geplant. Herr Lahmann antwortet, dass der städtische Zuschuss vertraglich geregelt sei und daher keine Mehrkosten für die Stadt entstehen könnten.

Herr Klockow kommt auf die Haushaltskonsolidierung zurück und betont, dass dies eine Grundsatzfrage sei, welche von der SPD verweigert werde.

Frau Dr. Beckmann erinnert daran, dass die FDP mit der CDU die Schulden der Stadt innerhalb von 5 Jahren halbiert wollte. Bislang sind die Schulden laut Frau Dr. Beckmann aber verdoppelt worden.

Herr Steuernagel erklärt, dass die durchgeführten Maßnahmen nicht nur zu Ausgaben führten, sondern diese auch zukünftig entlastende Wirkung hätten, wie z.B. die energetischen Sanierungen.

Frau Westphal betont, dass der Antrag 1 neutral und im Sinne der Stadt gemeint sei und verweist auf die kritische Finanzanlage. Sie sagt, dass es eine Frage der Gemeinsamkeit sei und appelliert an die SPD ihre Meinung zu überdenken.

Frau Dr. Beckmann fragt nach geplanten Seminaren zur Einführung der Doppik und der hierfür vorgesehenen Haushaltsansätze. Herr Müller erläutert, dass es einen globalen Haushaltsansatz für die Einführung der Doppik gebe, der mit geplanten 75.000,- EUR auch diese Seminare abdecken würde.

Herr von Berckefeldt verweist noch mal auf den diskutierten Antrag und macht deutlich, dass er die Idee ortansässige Sachverständige hinzuzuziehen gut findet. Er kritisiert anschließend die SPD in Bezug auf die unterlassene Vertragsverlängerung des Sparkassendirektors. Das Thema wird zwischen den Fraktionen kontrovers diskutiert.

Frau Dr. Beckmann fragt nach, ob ein Antrag der Mariengemeinde zur Erweiterung ihres Kindergartens eingegangen sei und möchte eine Einschätzung diesbezüglich haben. Herr Lahmann sagt, dass ihm der Antrag bekannt sei. Er halte ihn nach interner Rücksprache nicht für unterstützbar, da von einem anhaltenden Rückgang der Kinderzahlen und einem geringeren Platzbedarf ausgegangen wird.

Herr Bienert erklärt den TOP im allgemeinen Einverständnis als behandelt.

Beschlussdarstellung:

Beratungsergebnis: behandelt

1. Die Haushaltssatzung der Stadt Barsinghausen für das Haushaltsjahr 2010 sowie das Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2009 bis 2013 werden beschlossen.

2. Die Finanzplanung für die Haushaltsjahre 2009 bis 2013 wird zur Kenntnis genommen.

7. Haushaltssicherungskonzept 2010

Vorlage: XVI/0482

Frau Dr. Beckmann verweist auf S. 3 der Vorlage und fragt, warum mit dem Haushaltssicherungskonzept noch nicht begonnen wurde, obwohl es vom Rat beschlossen wurde. Sie fragt zudem, ob wirklich keine einzige Maßnahme umgesetzt wurde. Herr Lahmann erklärt dies mit der Wirtschaftskrise und damit, dass einige der aufgeführten Maßnahmen ohnehin erst in 2010 begonnen werden sollten. Die Förderung vom Spielkreis St. Barbara wurde eingestellt, ein Haushaltskonsolidierungsbericht wäre allein dafür aber nicht angemessen gewesen.

Herr Bienert geht auf die Maßnahme 1 ein und sagt, dass nach seinem Kenntnisstand die Gewerbesteuer abgeschafft werden solle. Herr Lahmann entgegnet, dass sie nach derzeitigem Stand verbleiben wird. Aber selbst bei einer Abschaffung wäre dies nur positiv für Barsinghausen unter Berücksichtigung der schlechten Gewerbesteuersituation in Barsinghausen. Er spricht sich dennoch für den Erhalt der Gewerbesteuer aus.

Herr Dobelmann merkt kritisch an, dass der Erlass des MI Vorlagen bereitstelle und man sich daran nur halten müsse. Herr Lahmann erklärt, dass selbst die Einstellung aller freiwilligen Leistungen nicht ausreichen würde. Es sei außerdem eine Frage der Vertretbarkeit, wann und wo an freiwilligen Leistungen gespart werde. Er betont, dass letztlich die breite Masse den Sparwillen mittragen müsse, aber das große Problem der hiesigen Finanzlage nicht die Ausgabe- sondern die Einnahmesituation sei.

Herr Bienert erklärt den Tagesordnungspunkt als behandelt.

Beschlussdarstellung:

Beratungsergebnis: behandelt

Das in der Anlage 1 zur Vorlage beschriebene Haushaltssicherungskonzept 2010 wird beschlossen.

8. Mitteilungen der Verwaltung

Herr Lahmann gibt bekannt, dass aufgrund der Altersteilzeitregelung die Fachbereiche wegfallen werden. Die erste Organisationsänderung stehe im Fachbereich IV – Finanzen an. Es werden zwar beide Fachdienste und die derzeitigen Fachdienstleitungen beibehalten, Herr Müller wird aber eine leitende Funktion für beide Fachdienste übernehmen. Diese Änderung wird zum 01.01.2010 in Kraft treten.

9. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Herr Steuernagel erkundigt sich, ob es eine Anzahl der bereits ausgetauschten Laternen gäbe. Er habe bereits positive Rückmeldung zu den neuen Laternen erhalten. Herr Lahmann kann keine genauen Zahlen nennen, berichtet aber auch von negativen Rückmeldungen. Herr Müller ergänzt, dass die Maßnahme im Rahmen des Konjunkturpa-

kets II an der L391 abgeschlossen ist. Die Maßnahmen im Bereich Hannoversche Straße, Rehrbrinkstraße und Deisterstraße sind auch fertig gestellt.

Frau Dr. Beckmann äußert, dass ein Teil dieser Maßnahmen anliegerkostenpflichtig sei und ein anderer Teil im Sanierungsgebiet liege. Sie möchte wissen, welcher Anteil in die Umlage der Innenstadtssanierung fließt. Herr Lahmann merkt an, dass im Rahmen des Konjunkturpakets nur nicht beitragsfähige Maßnahmen förderbar sind. Bei den Maßnahmen im Sanierungsgebiet bei BauBeCon sagt Herr Lahmann eine Beantwortung im Protokoll zu

Protokollnotiz: Lt. telefonischer Auskunft von Herrn Kohle (BauBeCon) werden für sanierungsbedingte Wertsteigerungen unabhängig von den tatsächlichen Kosten von der GLL Ausgleichsbeträge ermittelt. Der Austausch der Laternen führe aber nicht zu einer sanierungsbedingten Wertsteigerung und damit nicht zu einer Umlage.

Nichtöffentliche Sitzung:

Die Sitzung wird um 20:37 Uhr geschlossen.

Der Bürgermeister
In Vertretung

Sigurd Bienert
Ausschussvorsitz

Stefan Müller
Fachdienstleitung

Stefan Zeidler
Protokollführung

Marc Lahmann
Erster Stadtrat